

Liebe Piraten,

Frau Merkel beschwört gebetsmühlenartig die Ursachen der Flüchtlingswelle bekämpfen zu wollen. Aber wie, da bleiben noch viele Fragen offen. Und es wird immer einsamer um sie!
Wir Piraten können ihr da sicherlich weiterhelfen und ihr ein paar gute Ratschläge erteilen, wie den Fluchtursachen sofort wirkungsvoll entgegenzuwirken ist.

Wir (Gernot, Enavigo und Ametar) möchten das Positionspapier **Fluchtursachen sofort entgegenwirken** am Wochenende auf dem BPT2016.1 vorstellen und zur Abstimmung bringen. Denn wir sind nicht nur die mit den Fragen, sondern auch die Partei mit Perspektiven und Lösungen. Darum unterstützt unser Anliegen. Es ist ein brandaktuelles Thema und wir Piraten können uns dieser politischen Aufgabe nicht entziehen. Übrigens diente ein Positionspapier (PP) mit ähnlichem Inhalt beim letzten LPT2016.1 in RLP als Vorlage für das vorliegende. Dieses PP wurde beim LPT2016.1, soweit ich mich erinnern kann, einstimmig angenommen.

Gruß Gernot

Positionspapier zum BPT2016.1: Fluchtursachen sofort entgegenwirken

Antragssteller:

Gernot

Enavigo

Ametar

Die Ausgangssituation:

In vielen Ländern der Welt herrschen Krieg oder schwere Krisen. Der Nahe Osten ist seit dem arabischen Frühling nicht zur Ruhe gekommen und befindet sich in einem latenten Bürgerkrieg. Gleichzeitig nehmen Hungersnöte in vielen Teilen Afrikas und anderen Regionen der Erde zu. Diese Krisen, auch unter dem Gesichtspunkt von Klimakatastrophen, werden in den kommenden Jahren zunehmen und zu neuen Flüchtlingsbewegungen führen. Die Piratenpartei ist der Überzeugung, dass internationale Krisen und Konflikte nur dauerhaft zu lösen sind, wenn neue Denk- und Arbeitsstrukturen zur Krisenbewältigung angewandt werden. Diese sind nur in internationalen Übereinkommen zu realisieren. Dazu müssen nationale Vorteile zugunsten von humanen, globalen Lösungen in den Hintergrund treten. Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass sämtliche überregionale, wirtschaftliche und soziale Handlungen immer unter den Aspekten der globalen Verträglichkeit zu betrachten sind. Wir fordern deshalb als Sofortmaßnahmen:

- Sich beim internationalen Waffenhandel ab sofort an bestehende Gesetze zu halten und jeden Handel mit anderen Nationen oder Organisationen transparent und nachvollziehbar darzulegen. Mittel- und langfristig sollte der Waffenhandel stark eingeschränkt oder komplett beendet werden.
- Freihandelsabkommen in der Größenordnung von TTIP, CETA oder TISA sind nicht zu ratifizieren und sofort zu stoppen. Mit diesen Abkommen werden Drittländer benachteiligt, was wiederum neue Flüchtlingsbewegungen hervorrufen wird.
- Die zwischen der Europäischen Union und einigen afrikanischen Staaten abgeschlossenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs - Economic partnership agreements) sind auszusetzen, weil sie die afrikanischen Staaten mit europäischen Fertigwaren überschwemmen und das Ungleichgewicht zwischen ungleichen Partnern intensivieren.

- Rohstoffimporte (Seltene Erden, Erze, Öl, Gas, Gold, Zinn, Bauxit, Uran, Mangan etc.), aus Schwellenländern sind zu stoppen, Die Wertschöpfung muss über den Aufbau von Produktionsanlagen und Arbeitsplätzen im jeweiligen Quellenland verbleiben.
- Strukturanpassungsprogramme (Economy recovery programs) der WTO, die die Privatisierung von Energie oder Wasser, die Aufhebung staatlicher Marktregulierungen und den Wegfall staatlicher Leistungen im Gesundheits- und Bildungswesen vorantreiben sollen, sind aufzuheben.
- Subventionierter Nahrungsmittelexport in Entwicklungsländer muss sofort eingestellt werden. Er vernichtet die örtliche Landwirtschaft und die eigene Selbstversorgung.
- Die industrielle Überfischung der Weltmeere, besonders vor den Küsten der Entwicklungsländer muss sofort eingestellt werden.
- In der Geld- und Fiskalpolitik müssen kurzfristig Regelungen getroffen werden, die Entwicklungshilfeszahlungen, Hilfskredite der Weltbank oder Handelskredite zur Lebensmittelversorgung sicherstellen.
- Viele arme Entwicklungsländer sind auf den Export von Agrar- und heimischen Produkten angewiesen. Der Handel mit diesen muss klaren Richtlinien unterliegen, die keine großen Preisschwankungen zulassen.
- Der potentiellen Klima-Katastrophe muss wesentlich mehr internationale Beachtung geschenkt werden. Die Ursache und die Konsequenzen der Klimaveränderung sind global und verlangen nach einer sofortigen globalen Antwort. Vorgaben von Klimakonferenzen müssen deshalb wesentlich genauer beachtet und durchgesetzt werden.
- Internationale Konferenzen zur Beilegung von Kriegen und Krisen sind zu befürworten. Vorteilhafter und mit größeren Erfolgsaussichten wären Konferenzen, die präventiv einberufen werden, wenn bereits Krisensituationen zu erkennen sind. Hier müssen von der internationalen Gemeinschaft (UNO) Strategien entwickelt werden, die Konflikte frühzeitig erkennen lassen. Krisenprävention hat Vorrang.
- Das Geld, das in vielen Ländern Europas zur Zeit in Personal, Mauern und Zäune zur Grenzsicherung investiert wird, sollte sofort zur Linderung der Not in den großen Flüchtlingslagern bereit gestellt werden.
- Grundsätzlich sollten gemeinsame internationale Vorgehensweisen, die demokratische Strukturen aufbauen und festigen helfen, Vorrang vor kurzfristigen, nationalen Interessen haben.

Auf das Entstehen vieler Krisen- und Konfliktsituationen wird seit Jahren hingewiesen, ohne dass entsprechende Maßnahmen getroffen werden; deshalb ist diese Liste von Sofortmaßnahmen nur beispielhaft und unterliegt einer stetigen Anpassung.

Begründung:

Nur ein angepasstes wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht aller Staaten wird Krieg und Krisen weltweit verhindern. Dies sollte in einer aufgeklärten modernen Gesellschaft angestrebt werden, um den globalen Exodus zu stoppen.

Zum Vergleich: Beispielsweise wurden an der Eurex (Elektronischer Handelsraum für Wetten auf

künftige Preisentwicklungen) im Jahre 2010 gut 334 Billionen Euro erwirtschaftet. Mit dieser Summe könnte man die Staatsschulden der Bundesrepublik etwa gut 185-mal zurückzahlen, den aktuellen Bundeshaushalt ca. 600 Jahre lang finanzieren oder jedem Menschen auf der Erde etwa 50.000 Euro ausbezahlen. (Quelle: Stern, Ausgabe 15/2010).

Auf der anderen Seite liegt das verfügbare Einkommen für gut 1 Mrd. Menschen unterhalb von 1 Euro pro Tag, während eine europäische Kuh mit gut 2 Euro pro Tag subventioniert wird. (Quelle: vorwärts, Okt. 2011).

Die Piratenpartei setzt sich für globale Verantwortung und gemeinsames Handeln ein. Das Errichten von Mauern und Grenzzäunen wird Flüchtlingsbewegungen nicht verhindern. Mit ihrer Forderung "Teilen ist das neue Haben" legt die Piratenpartei, als weltweite Bewegung, schon jetzt die Rahmenbedingungen fest, die ein friedliches und soziales Leben aller Menschen in Zukunft garantieren wird. Es liegt an uns, dies zu verwirklichen